

01) Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Neue Dokumente, Perspektiven, Forschungsansätze

Lüneburg

Veranstalter

Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Datum

09.07.2021 - 09.07.2021

Von

Lena Radauer, Nordost-Institut – Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN), Lüneburg

Das wissenschaftliche Kolloquium stand im Zeichen des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. In vier Panels wurden unterschiedliche Aspekte des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion beleuchtet und diskutiert. Während zwei Panels explizit neuen digitalen Repositorien und deren Erkenntnispotential gewidmet waren, zog sich die Frage nach den Quellen der Geschichtswissenschaft als roter Faden durch das Kolloquium. Ebenso im Zentrum der Diskussion standen das Individuum und die Erfahrung des Krieges durch den Einzelnen bzw. die Einzelne.

Einleitend wurden in zwei Vorträgen die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion während der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs dargestellt. Einig waren sich beide Vortragende nicht nur in ihrer Einschätzung, dass Stalin keineswegs vom Angriff auf die Sowjetunion durch das nationalsozialistische Deutschland überrascht wurde, sondern auch in ihrer Gewichtung der internationalen Situation, wenn es um die Analyse der Ereignisse im Juni 1941 geht. CLAUDIA WEBER (Frankfurt an der Oder) wies zudem auf die Bezüge zwischen Stalins Verhalten 1939 und im Juni 1941 hin, während ALEKSANDR ČUBAR'JAN (Moskau) auf die Spannungen im Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion in diesem Zeitraum einging. Beide Vorträge zeigten, dass auch in diesem viel erforschten Kapitel der Geschichte weiterhin offene Fragen bleiben.

Die restlichen Panels fanden als auf Forschungsberichten basierende Diskussionsrunden statt. Einen zentralen Platz nahm die Vorstellung zweier aktueller Projekte ein, die Archivakten zur deutsch-sowjetischen Geschichte im Internet aufbereiten. ANDREJ JURASOV (Moskau), präsentierte das Projekt *victims.rusarchives.ru*, das Dokumente zu den deutschen Besatzungsverbrechen aus verschiedenen regionalen Archiven der russischen Föderation auf der Projektwebseite zugänglich macht. MATTHIAS UHL (Moskau) stellte das binationale Digitalisierungsprojekt *germandocsinrussia.org* vor, in dessen Rahmen das DHI Moskau die in verschiedenen Archiven der Russischen Föderation befindlichen deutschen Beuteakten online stellt.

Das Erkenntnispotenzial der Akten sowohl als Beleg als auch als Basis für neue Themen wurde im Anschluss von MICHEL SCHEIDEGGER (Zürich/Potsdam) und CHRISTIAN STEIN (Freiburg) gezeigt, die sich in ihren Dissertationsprojekten auf die digitalisierten Akten der Wehrmacht aus dem Bestand 500 des Zentralarchivs des Verteidigungsministeriums der Sowjetunion (CAMO) stützen. Dabei ließen sich auch kulturgeschichtliche Informationen zur Wehrmacht aus den Akten ziehen. Scheidegger untersucht den Charakter der deutschen Kriegsführung anhand der Fallstudie der 35. Infanteriedivision, die erst dank der neuen Dokumentenfülle möglich wurde. Er stellt zwar

den Verlust an militärischer Taktik fest, gleichzeitig aber auch die auf einem nicht-hierarchischen Informationsaustausch basierende Lernfähigkeit der Wehrmacht. Neben Strategien sei auch die Kultur der Gewalt „von unten“ weitergegeben worden. Ähnliches fand Stein über die Dynamiken der im Rückzug befindlichen Wehrmacht in der zweiten Kriegshälfte heraus: Er stellte eine Radikalisierung und einen Handlungswillen bei den unteren Reihen der Wehrmacht fest, indem sie beispielsweise mit ihrer Selektierung nicht-arbeitsfähiger Zivilisten dem Befehl des Armeestabes vorgriffen.

Das Thema der Gewalt, die sich seit 1943 auch immer häufiger gegen die eigenen Reihen der Wehrmacht richtete, spielte nicht nur bei Stein und Scheidegger eine große Rolle. JOHANNES SPOHR (Berlin) sprach über die militärische Krise der Wehrmacht im Reichskommissariat Ukraine, vor deren Hintergrund Gewalt an der Bevölkerung verübt wurden. Er präsentierte Ideologie als wichtigen Faktor in der Mentalität der Aggressoren, stellte aber fest, dass sich einzelne Akteure wider das brutale Vorgehen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung aussprachen. Er plädierte für die Nutzung von „Quellen des lokalen Wissens“ – Dorfchroniken, Erinnerungsberichte, Briefe, Interviews, Tagebücher –, die Betroffenen eine Stimme verleihen.

Genau das tut MIKHAIL MELNICHENKO (St. Petersburg), dessen Plattform *pozhitto.org* sich der Sammlung von Tagebüchern zur russisch-sowjetischen Geschichte verschrieben hat. Allein aus der Metadatenanalyse lässt sich beispielsweise ablesen, dass während der Blockade von Leningrad mehr Frauen Tagebücher schrieben, als dies zu anderen Zeiten der sowjetischen Geschichte üblich war.

Die Frage der Umstände, unter denen die Interviews entstanden, die das Projekt „Soviet survivors of Nazi occupation – the first interviews“ zugänglich macht, standen im Mittelpunkt des Beitrags von JOCHEN HELLBECK (New Brunswick, NJ). Er legte die Einzigartigkeit der Quellen dar, die unmittelbar nach der Befreiung von der deutschen Okkupation mit den Bewohnern durchgeführt wurden, für deren Glaubhaftigkeit er eintrat. Sie ließen beispielsweise den Schluss zu, dass die Schlacht von Stalingrad einen ideologischen Wendepunkt darstellte: Als Reaktion auf die Gräueltaten der Deutschen hätte sich die Bevölkerung dem Bolschewismus zugewandt.

In der Diskussion wurde die Frage angestoßen, ob von einer eigenen Schule der Oral History in der Sowjetunion gesprochen werden könne. Vorgeschlagen wurde auch die Untersuchung der Rolle Maxim Gorkis, der Isaak Minc maßgeblich bei der Durchführung von Zeitzeugengesprächen beeinflusste. Vieles erfuhr man im Lauf der Veranstaltung über die Besonderheiten historischer Quellen aus der Sowjetunion, wie über das Phänomen der „Selbstbiographie“ oder die Zensur. Erstaunlich war beispielsweise die Erkenntnis, dass etwa Frontsoldaten oder Partisanen durchaus Spielräume nutzten, wovon überlieferte Tagebücher zeugen.

Mitschnitte des Kolloquiums sind auf der Webseite der Kommission zugänglich. [\[1\]](#)

Konferenzübersicht:

Deutschland und die Sowjetunion: 1939–1941

Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder): Barbarossa und das Ende des Hitler-Stalin Pakts. Optionen und (Fehl-)Einschätzungen im Juni 1941

Seite 392 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 802 vom 28.10.2021

Aleksandr Čubar'jan (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau): Am Vorabend der Tragödie. Stalin und die internationale Krise, September 1939–Juni 1941

Neue Aktenbestände: Praxis und Erkenntnisse I. Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs

Matthias Uhl (Deutsches Historisches Institut Moskau), Michel Scheidegger (ETH Zürich/Universität Potsdam), Christian Stein (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Neue Aktenbestände: Praxis und Erkenntnisse II. Die deutsche Besatzung der Sowjetunion

Andrej Jurasov (Föderale Archivagentur der Russischen Föderation, Moskau), Irina Makhalova (Higher School of Economics, Moskau), Mikhail Melnichenko (Projekt Prožito für die Erforschung von Ego-Dokumenten, Europäische Universität St. Petersburg)

Frontalltag: deutsche und russische Perspektiven

Jochen Hellbeck (Rutgers University, New-Brunswick, NJ), Vasilij Christoforov (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau), Vladimir Nevežin (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau), Johannes Spohr (present past, Archivdienst für Recherchen zum Nationalsozialismus in Familie und Gesellschaft, Berlin)

Schlussreflexionen

Jörg Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin), Joachim Tauber (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Universität Hamburg), Aleksandr Čubar'jan (Institut für Rusländische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)

Anmerkung:

[\[1\]http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/kolloquium-2021-mit-videomaterial/](http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/kolloquium-2021-mit-videomaterial/).

Zitation

Tagungsbericht: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Neue Dokumente, Perspektiven, Forschungsansätze, 09.07.2021 – 09.07.2021 Lüneburg, in: H-Soz-Kult, 28.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9104.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Das Eigene und das Fremde: Wahrnehmungen des anderen deutschen Staates in der DDR und in der Bundesrepublik

Berlin

Veranstalter

Freie Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Datum

16.09.2021 - 17.09.2021

Von

Hannes Bock, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin

Die Geschichte der beiden deutschen Gesellschaften im geteilten Deutschland war eine Geschichte des aufeinander Blickens, des gegenseitigen Vergleichens und der gezielten Abgrenzung vom jeweils anderen. Im Kalten Krieg standen sich so über mehrere Jahrzehnte zwei Gesellschaften in Distanzierung und Konkurrenz gegenüber, die für sich beanspruchten, eine eigene und zukunftsfähige Lehre aus der nationalsozialistischen Herrschaft gezogen zu haben. Zugleich blieben sie durch eine gemeinsam geteilte Geschichte und Kultur verbunden, was eine vollständige Abgrenzung vom jeweiligen Gegenüber wiederum unmöglich machte. In diesem Spannungsfeld der Gemeinsamkeiten und Unterschiede manifestierten sich in den beiden deutschen Gesellschaften über die Zeit Fremd- und Selbstbilder, die ohne den gegenseitigen Bezug aufeinander zu keinem Zeitpunkt lebensfähig waren. Sie können deshalb nicht losgelöst voneinander beschrieben sowie verstanden werden.

Unter dieser verflechtungshistorischen Perspektive näherten sich die Teilnehmern der von ARND BAUERKÄMPER (Berlin) organisierten Tagung den Fragen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung innerhalb der beiden deutschen Staaten sowie ihrer Wirkkraft über das Jahr 1990 hinaus. In seinen einleitenden Worten betonte Bauerkämper den multiperspektivischen Ansatz der Tagung, innerhalb der – basierend auf einer kognitiv-konstruktivistischen Deutung menschlicher Wahrnehmung bzw. Weltdeutung – Fragen zur Entwicklung der Selbst- und Fremdbeschreibungen, ihrer gegenseitigen Beeinflussung sowie den ihnen zugrunde liegenden kommunikativen Austauschprozessen behandelt und diskutiert werden sollten. Grundlage hierfür war das sozialwissenschaftliche Framing-Konzept David A. Snows und Robert D. Benfords.

JAN HOFFROGGE (Münster) befasste sich in der ersten Sektion mit der Beständigkeit von Blickhierarchien an der innerdeutschen Grenze auch über das Jahr 1990 hinaus. Ausgehend von der Arbeit der bundesdeutschen Grenzinformationsstellen, die bis zur Wiedervereinigung dezentral organisiert waren, zugleich jedoch zur Festigung des eigenen Selbstbildes beigetragen hatten, konnte Hoffrogge am Beispiel der heutigen Gedenkstättenarbeit des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth sowie der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn herausarbeiten, dass trotz einer verstärkten Integration ostdeutscher Erlebnisse und Sichtweisen auch nach der Einheit zum Teil an veralteten Perspektiven festgehalten wird. Die professionalisierte Gedenkstättenarbeit, die den ehemaligen Bürgern der DDR als wichtige Zielgruppe ausgab, behielt trotz diversifizierter Ausstellungskonzepte in einigen Bereichen alte Rezeptionsmuster bei. Besonders offenkundig ist dies am Blick auf die Grenze nachzuweisen. Die ausgestellten Modelle der Grenzsperranlagen offerieren nach wie vor eine vorrangig westdeutsche Perspektive, die – teilweise entgegen der örtlichen Gegebenheiten – die Aufmerksamkeit auf den restriktiven Charakter des ostdeutschen Grenzregimes lenkt. Die Kontinuität und Langlebigkeit alter Fremdbilder, die maßgeblich Teil der eigenen Selbstkonstruktion waren,

stechen hier heraus. Der Blick auf die deutsch-deutsche Grenze ist bis heute vor allem bundesdeutsch geprägt und fängt weniger die vielfältigen Perspektiven der Bewohner der ehemaligen DDR ein, die in aller Regel erst ab Ende 1989 die Grenzorte erkunden konnten. Alte Blickhierarchien sind demzufolge auch im vereinigten Deutschland keineswegs der Vergessenheit anheimgefallen. Vielmehr stellen sie weiterhin einen konstitutiven Bestandteil des bundesrepublikanischen Selbstbildes dar.

Aus einer anderen Richtung näherte sich ULRICH PFEIL (Metz) der Frage der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Er beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Bedeutung des Walther-Ulbricht-Stadions in Ost-Berlin für das Selbstbild der noch jungen DDR. Anhand der Auswertung unterschiedlichster Zeitungsartikel – insbesondere aus der Bauphase – wies er nach, dass der Errichtung der Sportstätte ein spezifisches Sendungsbewusstsein zugrunde lag. Das zukünftige Stadion sollte nach Auffassung der SED-Führung die Schaffenskraft der staatssozialistischen Gesellschaft repräsentieren. Dabei war es als Gegenentwurf zum „bürgerlichen“ Wiederaufbau konzipiert, der vermeintlich nur Altes zu konservieren versprach, auch wenn der ans Bauhaus erinnernde Stil diesem Sendungsbewusstsein eigentlich entgegenstand. Für die „sozialistische Zukunft“, die sich unter anderem in sogenannten zivilen „Aufbausonntagen“ zu offenbaren schien, warb die SED zudem in den westlichen Stadtbezirken. Dies geschah auch mit dem Ziel, Ernst Reuters West-Berlin propagandistisch zu delegitimieren. Die fertiggestellte Sportanlage wurde dabei im „Neuen Deutschland“ als Symbol des Friedens gepriesen, das die vorgebliche Leistungsfähigkeit der „neuen“ Gesellschaft in Abgrenzung zum bürgerlich-kapitalistischen Westen dokumentieren sollte. Das offizielle staatliche Framing durch die DDR-Gazetten darf dabei nicht als völlig deckungsgleich mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung verstanden werden. Insbesondere der in Anspielung auf Walther Ulbrichts Bart geläufige Spitzname des Stadions „Zickenwiese“ deutet darauf hin, dass innerhalb der DDR-Bevölkerung durchaus divergierende Bilder verbreitet waren. Die Annahme der Existenz parallel bestehender Framings muss vor diesem Hintergrund betont werden. Folglich schloss der anschließende Diskussionsteil mit der Forderung, gerade diesen Aspekt in der zukünftigen Forschung stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

ANDREAS MORGENSTERN (Schiltach) richtete seinen Blick auf die Wahrnehmung des Kinzigtals (Baden-Württemberg) aus ostdeutscher Perspektive. Am Beispiel der Außendarstellung dieser Schwarzwaldregion konnte Morgenstern nachweisen, dass die existierenden Selbst- und Fremdbilder keinesfalls epistemische Konstrukte waren, die sich allein aus einer dichotomen Gegenüberstellung zweier „Leitbilder“ zusammensetzten. Für die Fremdwahrnehmung des in der französischen Besatzungszone liegenden Kinzigtals waren diesbezüglich antifranzösische Stereotype ähnlich wichtig wie antibundesdeutsche sowie antiwestliche Vorurteile. In der DDR-Presse der frühen 1950er-Jahre galt die Region daher zum einen als Rückzugsort für „Altnazis“, das heißt als Gebiet, in dem unter französischem Schutz der Nationalsozialismus weiterhin lebendig war. Zugleich verbreiteten die Presseorgane das Bild einer durch die Franzosen ausgeplünderten und „kolonisierten“ Region, die darüber hinaus als mögliches Aufmarschgebiet für die französischen Truppen dargestellt wurde. Partiiell waren diese Vorstellungen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen anschlussfähig. So galt in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft die französische Zone noch in den 1980er-Jahren als „kolonisiertes“ Gebiet. Dabei wurde mancherorts von den Franzosen als „Russen des Westens“ gesprochen. Zudem ging mit dieser Fremddarstellung indirekt eine Relativierung der sowjetischen Besatzungspolitik einher, die sich unter anderem in der Demontage der ostdeutschen Industrie und Infrastruktur niedergeschlagen hatte. Das sich daraus ergebende Fremdbild basierte somit auf einer Verbindung verschiedener Vorstellungen. Daraus ergab sich eine Parallelität nationaler und transnationaler Fremd- und Feindbilder, die erst in ihrem Zusammenspiel verstanden werden können. Neben altbewährten antifranzösischen

Stereotypen etablierte sich die Vorstellung von der vermeintlich besetzten westdeutschen Gesellschaft und in Abgrenzung dazu diejenige der „freiheitlich-sozialistischen“ Wir-Gruppe der DDR. Es kann in diesem Sinne von einem Spannungsfeld gesprochen werden, das für die Gesamtsicht auf die westdeutsche, aber auch die ostdeutsche Gesellschaft konstitutiv war.

Moderiert von DIERK HOFFMANN (Potsdam), näherte sich CHRISTOPH LORKE (Münster) anhand der Wahrnehmung sozialer Randlagen und Außenseiterrollen dem Tagungsthema. Er wies dabei vor allem auf die Ausdifferenzierung der Selbstbilder der Gesellschaften hin, die sich in Form einer Binnendifferenzierung, das heißt der Benennung von der Gesellschaft inhärenten Fremdgruppen niederschlug. Dabei herrschte in Bezug auf die sozial Ausgegrenzten durchaus eine gewisse Gleichförmigkeit in der Darstellung vor. Dies zeigte sich besonders augenscheinlich in den Diskursen zur Kinderarmut. Hier argumentierte man in Ost und West gleichermaßen mit der individuellen Schuld der Betroffenen. Die Kinder galten hierbei jeweils als „Opfer“ ihrer Eltern. Die Verantwortung wurde somit keinesfalls im politischen System selbst gesucht. Das soziale Fremde galt vielmehr als Folge individueller Fehlleistungen und gescheiterter Existenzen. Dadurch konnte die Vorstellung vom eigenen, politisch-ökonomischen überlegenen System relativ stabil gehalten werden. Lorke konnte damit aufzeigen, dass die Konstruktion des sozialen Fremden in beiden Gesellschaften ähnlich verlief und es durchaus zu Überschneidungen kam, die auch weit über die Wiedervereinigung hinaus wirkmächtig blieben. Überdies darf die transnationale Dimension nicht aus dem Blick geraten. Denn im Kontext des Systemkonflikts war für das jeweilige Selbstbild die soziale Situation im kapitalistischen bzw. sozialistischen Ausland eine äußerst relevante Kategorie. Noch Ende der 1980er-Jahre pries der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Harry Tisch, die Überlegenheit des Sozialismus und zog dafür als Vergleich die Lage der Frauen in den USA heran. In der Bundesrepublik wiederum bezog man sich vorzugsweise auf die „Dritte Welt“. So sei die soziale Lage im westdeutschen Staat allen Unkenrufen zum Trotz eine äußerst privilegierte. Hier argumentierte man gemäß dem Motto: Wer in Äthiopien als reich gelte, der würde in Sindelfingen als arm angesehen werden. Dabei fungierte nunmehr das „außerdeutsche“ Fremde als Spiegel, vor dem der eigene sozialpolitische Erfolg weithin sichtbar gemacht werden konnte. Auf das Sozialsystem des jeweiligen deutschen Komplementärstaates nahm wiederum vor allem die DDR fortwährend Bezug, die damit stärker auf die Bundesrepublik als Reflexionsfläche angewiesen war als andersherum.

In einem letzten Beitrag befasste sich YVONNE HILGES (Heidelberg) mit der Einordnung des sogenannten „Radikalenerlasses“ im Zusammenhang des deutsch-deutschen Systemkonflikts. Dieser von Willy Brandt im Frühjahr 1972 verkündete Erlass kann als weiteres Beispiel für die Zerrissenheit innerhalb der deutschen Gesellschaften angeführt werden. An ihm lässt sich – ähnlich wie im Beitrag Lorkes – plastisch zeigen, dass in den Jahrzehnten des Kalten Krieges keinesfalls monolithische Selbstbilder im geteilten Deutschland vorherrschten, die allein eine inklusive Wirkung hatten. Auch innerhalb der westdeutschen Gesellschaft bildeten sich vielmehr oppositionelle Subgruppen heraus, die als fremd wahrgenommen und teilweise als Feinde diffamiert wurden. Hierbei handelte es sich nunmehr allerdings nicht um eine soziale, sondern um eine politische Fremdgruppe. Die linken und kommunistischen Protestbewegungen in der Bundesrepublik dienten dabei vor dem Hintergrund des propagierten Antikommunismus insbesondere innerhalb der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands als Feindbilder. Vornweg galt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nach ihrer Gründung 1968 als zentraler Antagonist für die „Bürgerlichen“. Die DKP wurde als wichtigste Kraft subversiver Agitation angesehen. Dieses Feindbild wies darauf hin, dass Identitätsvorstellungen nicht nur diskursiv von Bedeutung waren, sondern zu einer aktiven und restriktiven Politikgestaltung führen konnten. Dabei wurden die Überprüfung und Entlassung vermeintlich demokratiefeindlicher Personen aus

dem Staatsdienst immer mit Blick gen Osten legitimiert. Für die DDR-Medien war diese Praxis wiederum ein vielversprechender Ansatzpunkt, um das eigene Selbstbild positiv hervorzuheben. So sprachen sie von einer angeblichen „Hexenjagd“, die westdeutsche Kritiker verstummen lassen wolle. Die Bundesrepublik wurde dabei als Unrechtsstaat diffamiert, der auch international Kritik ausgesetzt sei. Für die SED-Führung war dies eine Möglichkeit, um indirekt das eigene Sicherheits- und Überwachungsregime zu relativieren. In Folge der Wiedervereinigung verlor das Thema mit der Zeit jedoch an Bedeutung. Gleichzeitig kam es zu einer Verschiebung der Feindbilder. Waren es bis 1990 vor allem die Kommunisten, die in Westdeutschland als zentrale Bedrohung wahrgenommen wurden, so richtete die Gesellschaft den Blick seit der Wiedervereinigung verstärkt auf rechte Parteien, die nunmehr als größere Gefahr für das politische System erschienen. Dabei wandelte sich insbesondere in den letzten Jahren das demokratische Selbstverständnis gerade in Abgrenzung zu diesen (neu)rechten Bewegungen.

In der von CHRISTOPH KLESSMANN (Potsdam) angestoßenen Abschlussdiskussion eruierten die Teilnehmer der Tagung die Erkenntnisse und mögliche Forschungsdesiderate. Dabei betonten sie die Notwendigkeit der Akzentverschiebung innerhalb der Forschungsarbeit. Wichtig sei es, die Vorstellung eines dichotomen Wahrnehmungsmusters abzulegen und verstärkt die multilateralen Elemente der Selbst- und Fremdbilder in die Analysen einzubeziehen, da diese für die Genese und Wirkung von großer Bedeutung seien. Hier könne weitestgehend von einer „Matrix“ der Selbst- und Fremdbeschreibungen gesprochen werden, die durch ihre vielgestaltige Vernetzung, ihren (hierarchischen) Schichtcharakter von über- und untergeordneten Identitätsvorstellungen sowie einer transkulturellen Ausprägung charakterisiert sei. Im Hinblick auf den deutsch-deutschen Fall betonten die DiskutantInnen die Notwendigkeit, Forschungen voranzutreiben, die sich verstärkt den regionalen Unterschieden in Ost und West widmen sollten, um so deren Vielgestaltigkeit in den Blick zu bekommen. Ferner sei die Langlebigkeit alter Fremd- und Selbstbilder verstärkt zu erforschen. Bezüglich der Frage der Genese der „inneren Einheit“, also der Ausbildung einer gemeinsamen deutschen Identität nach 1990, ist zudem nach weiteren Komponenten zu fragen, die für diesen Prozess ausschlaggebend bzw. hinderlich waren. Hierbei könnten Erwartungen und Hoffnungen, die sich teilweise beiderseitig nicht erfüllten, Ansatzpunkte sein, die es einzubeziehen gelte. Dafür sollten insbesondere die 1990er-Jahre betrachtet werden, da gerade in diesem Jahrzehnt die Weichen dafür gestellt wurden, dass bis in die Gegenwart die Vorstellungen von einer Andersartigkeit von „Ost“ und „West“ lebendig ist; denn auch 2021 gehört dieses Denken keinesfalls der Geschichte an.

Konferenzübersicht:

Arnd Bauerkämper (Freie Universität Berlin): Begrüßung und Konzeption der Tagung

Sektion 1: Orte und Räume

Jan Hoffrogge (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Die Persistenz von Blickhierarchien an der innerdeutschen Grenze

Ulrich Pfeil (Université de Lorraine, Metz): Das Walther-Ulbricht-Stadions in Ost-Berlin. Stadionbau und deutscher Sonderkonflikt

Andreas Morgenstern (Museum und Archiv Schiltach): Das Kinzigtal von Osten betrachtet – die SBZ/DDR-Presse im Kampf gegen die „Kolonialisierung“ eines Schwarzwaldidylls

Sektion 2: Wahrnehmungsfelder

Christoph Lorke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Arme und Ausgegrenzte beobachten, diagnostizieren, instrumentalisieren: Sozialpolitik und Konstruktion sozialer „Fremdheit“ im geteilten Deutschland

Sektion 3: Medien und Diskurse

Yvonne Hilges (Universität Heidelberg): Der „Radikalenerlass“ im Kontext des deutsch-deutschen Systemkonflikts – Diskurse um „Berufsverbote“ in Ost und West

Abschließender Kommentar

Christoph Kleßmann (Potsdam)-

Zitation

Tagungsbericht: Das Eigene und das Fremde: Wahrnehmungen des anderen deutschen Staates in der DDR und in der Bundesrepublik, 16.09.2021 – 17.09.2021 Berlin, in: H-Soz-Kult, 18.10.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9087>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Der preußische Hof in Europa. Modelle, Akteure, Wahrnehmungen (1786–1918) – eine internationale Tagung in vergleichender Perspektive

Berlin

Veranstalter

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften; Forschungsprojekt:

Anpassungsstrategien der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786–1918

Datum

30.09.2021 - 02.10.2021

Von

Daniel Benedikt Stienen, Bayerische Akademie der Wissenschaften

Die Monarchien des 19. Jahrhunderts haben in den vergangenen Jahren wieder vermehrt die Aufmerksamkeit der Geschichtsforschung auf sich gezogen. Für das deutsche Beispiel heißt das: Einst galt es als retardierendes Herrschaftssystem verpönt, das, da es nicht wie seine europäischen Nachbarn den Weg der Parlamentarisierung gehen wollte, unvermeidlich dem Untergang geweiht war. In jüngster Zeit hebt die Forschung hingegen die Überlebensfähigkeit dieser Institution in Deutschland und Europa hervor. Martin Kirsch spricht von einer „erstaunliche[n] Anpassungsfähigkeit“^[1] der europäischen Monarchen, Dieter Langewiesche von der „Selbstbehauptung durch Wandel“^[2] und Volker Sellin beschreibt die Suche nach einer „zeitgemäße[n] Weiterentwicklung“.^[3] Einen ähnlichen Weg beschreitet das an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften angesiedelte Editionsprojekt „Anpassungsstrategien der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786–1918“, das im Oktober 2021 auf einer internationalen Fachtagung erste Forschungsergebnisse präsentierte.

Ein zentrales Themenfeld der Tagung stellte die symbolische Kommunikation des Hofes und seine Funktion und Leistungsfähigkeit als Integrationsmotor dar. In seinem Eröffnungsvortrag charakterisierte WOLFGANG NEUGEBAUER (Berlin) anhand des preußischen Falls den Hof als eine „Emotionsagentur“, die sich zu einem gesteigerten Emotionsbedarf einer Gesellschaft zu verhalten hatte, die sich in einer durch Wegbrechen alter Gewissheiten gekennzeichneten Moderne auf die Suche nach Orientierungsmöglichkeiten begab. Orden, Ratstitel, Uniformen, Hoffeste und vieles andere mehr seien demnach als differenziertes System einer „elementaren bipolaren emotionalen Kommunikation“ anzusehen, mit der die Monarchie den neuen Anforderungen gerecht zu werden suchte und gleichzeitig in Zeiten von Konstitutionalismus, Säkularisierung, Industrialisierung und Nationalismus einen Funktionswandel vollzog.

Den ambivalenten Charakter dieser Integrationsbemühungen veranschaulichte ANNA DIETRICH (Berlin) am Beispiel des preußischen Krönungs- und Ordensfestes. 1810 ins Leben gerufen, diente die alljährliche Einladung von Neudekorierten in das Berliner Schloss dazu, durch gegenseitige Loyalitätsstiftung staatstreues Verhalten zu fördern und auch ausdrücklich auf sozial nicht privilegierte Bevölkerungsschichten integrativ zu wirken. Gerade letzteres wurde in der medialen Berichterstattung honoriert, indem konservative und liberale Medien den „demokratischen“ Charakter des Festes würdigten. Doch besaß der Inklusionsmechanismus Grenzen: Immer wieder lehnten Personen die ihnen zugedachten Ehrungen ab, weil sie sich in dem ausdifferenzierten System unterschiedlicher Orden mit zahlreichen Abstufungen eine höhere Auszeichnung versprochen hatten. In ihrer Enttäuschung erschien ihnen der Verzicht attraktiver als die Annahme einer als minderwertig angesehenen Dekoration.

Eine andere Form symbolischer Kommunikation untersuchte ULRIKE MARLOW (Berlin/München) am Beispiel von Bittschriften, die zwischen 1854 und 1898 von Untertanen an Kaiserin Elisabeth von Österreich gerichtet wurden. Sie kamen aus allen Teilen der Monarchie, vorrangig jedoch aus dem Erzherzogtum Österreich bzw. nach 1867 aus der cisleithanischen Reichshälfte. Bei der Bewilligungsquote fällt auf: je weiter der Bittsteller vom Wiener Zentrum entfernt war, desto geringer waren seine Erfolgschancen. Für Ungarn bzw. die transleithanische Reichshälfte ist die Ablehnungsquote signifikant erhöht, was die Referentin auf das ungarische Engagement in der Revolution von 1848 zurückführte, das seitens des Herrscherhauses noch Jahrzehnte später mit dem Verdacht mangelnder Loyalität gestraft wurde. Indem jedoch drei Viertel aller Gesuche positiv beschieden wurden, sei Elisabeth die moralisch integrierende Inszenierung als Landesmutter gelungen.

Ein weiteres Anliegen der Tagung war, das Verhältnis von Monarchie und Moderne zu bestimmen. QUENTIN DELUERMOZ (Paris) exemplifizierte anhand Napoleons III. den Hof als Instrument einer „spezifischen Moderne“, der einen transnationalen Knotenpunkt in einer sich globalisierenden Welt darstellte und durch die Erfindung und Verankerung von Tradition als Teil aktiver „Emotionspolitik“ Brücken zwischen Moderne und Vormoderne schlug.

MARTIN KOHLRAUSCH (Leuven) widmete sich dem Verhältnis von Monarchen zu modernen Massenmedien. Bildmedien gewannen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als politisches Kommunikationsmittel. Monarchen nahmen Anteil an den modernen Aufmerksamkeitsökonomien, indem sie die Exklusivität ihres Daseins als etwas Spektakuläres in Szene setzen ließen, was gerade die neuen Medien gut zu transportieren vermochten. Insofern sei im medienaffinen Kaiser Wilhelm II. mehr als bislang von der Forschung berücksichtigt ein Fall europäischer Normalität anzusehen. Doch barg solche Medienaffinität unkalkulierbare Nebenwirkungen: Nicht nur formten die Medien die politische Kommunikation aktiv mit, wobei sie anderen, teils

entgegengesetzten Interessen und Funktionslogiken unterworfen waren. Auch trivialisierten die Medien durch ihre Berichterstattung die Monarchie, indem die Abbildung des Monarchen in Konkurrenz mit anderen Medienereignissen trat, die um die Gunst des Publikums buhlten.

Dass monarchische Prachtentfaltung von den Zeitgenossen stets in eine Kosten-Nutzen-Relation gestellt wurde und der Kostenaufwand desintegrative Wirkungen besitzen konnte, klang an zahlreichen Stellen an. FABIAN PERSSON (Växjö/Kalmar) zeigte am schwedischen Beispiel, wie jede Erhöhung der königlichen Zivilliste von spöttischen Karikaturen und kritischen Debatten im zustimmungspflichtigen Parlament begleitet wurde. Zwar sank zwischen 1779 und 1920 nicht nur der Anteil der für den Hof aufgewendeten Summen verglichen mit den gesamten Staatsausgaben von 16,7 auf 0,2 Prozent und war, wie ein Seitenblick auf Frankreich, Großbritannien und deutsche Fürstentümer gestattete, im europäischen Vergleich überhaupt gering. Doch trug die repetitive Darstellung der Monarchen als konsumtive Bittsteller dazu bei, antimonarchische Affekte zu befeuern.

Den Finanzbedarf der Prinzenhöfe im Vergleich mit dem Königshof zeigte ANNELIE GROSSE (Berlin) am preußischen Beispiel auf. Der Monarch besaß als Familienoberhaupt eine Versorgungspflicht gegenüber den Familienangehörigen, er errichtete und schloss Prinzenhöfe und kümmerte sich um die Apanagen. Zudem wies er Prinzen Residenzen zu und kümmerte sich um die Erstausrüstung. Somit war der prinzliche Hofstaatsetat eng an die Apanage gekoppelt, deren Höhe von der Familiennähe zum Monarchen, vom Alter und vom Familienstand abhing. Anhand verschiedener Monarchen und Prinzen veranschaulichte die Referentin die Ausgabenentwicklung und zeigte, dass Prinzen wohlberaten waren, weitere Einnahmequellen zu erschließen, um eine relative finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Im Ergebnis können aus finanzhistorischer Perspektive Prinzenhöfe nicht als „Minitaturen“ der Königshöfe angesehen werden, wie in der Forschung zuweilen geschehen, da letztere sehr viel weitergehende Repräsentationsfunktionen wahrnahmen, die sich in Höhe und Gliederung der Hofausgaben niederschlugen.

Den Prinzen in Person der Thronfolger widmete sich auch FRANK LORENZ MÜLLER (St. Andrews), der drei Aspekte hervorhob: Den Verlust „harter“ Macht versuchten die Dynastien durch den Erwerb von „soft power“ zu kompensieren. Durch Reisen traten nahbare Prinzen mit Untertanen vor Ort in Kontakt und verbanden das Zentrum mit der Peripherie. Als Ausweis öffentlicher Tugendhaftigkeit inszenierten sie sich als Sinnbilder von Wohltätigkeit und familiärer Fürsorge, förderten Technik, Bildung und manches mehr. Aufgebaut zu „celebrities“, umhaucht von Glamour und Spektakel, steigerten sie die Sichtbarkeit der monarchischen Familie. Ein zweites zentrales Element bestand in der öffentlich inszenierten Erziehung der Prinzen. Durch sie wurde die Tüchtigkeit der angehenden Monarchen dokumentiert und ein Leistungsversprechen an die Zukunft abgegeben. Ein dritter Punkt bestand in der verfassungsrechtlichen Einbindung des Thronfolgers. Viele Verfassungen sahen etwa vor, dass der Thronfolger Mitglied des Parlaments (Erste Kammer) ist, wo sich manch ein Prinz, der die Rolle ernstnahm, Anerkennung erarbeiten konnte. Das Resultat eines Mehrgenerationenprozesses war die „Versanftigung“ des monarchischen Systems. Durch den erfolgreichen Funktionswandel gelang es den konstitutionellen Monarchien, sich eine Zustimmungsmehrheit zu bewahren, bis ihnen die vernichtende Niederlage im Ersten Weltkrieg die Legitimationsgrundlage entzog.

Ein weiteres Themenfeld bildete die Organisation des Hofes und des Zugangs zu ihm durch die sozial exklusive Gruppe des Adels. MAXIMILIAN VISSERS (Amberg) zeigte mit Max IV./I. Joseph von Bayern einen reformeifrigen Monarchen. Bei seiner Thronbesteigung 1799 leitete er in dem hoch verschuldeten Land Reformen ein (Ära Montgelas), unter anderem mit dem Ziel, Hof-, Staat- und Militärverwaltung zu entflechten. Die Besetzung Bayerns durch französische Truppen veranlasste den Monarchen in den Jahren nach 1802 zu einer

Neuordnung des Finanzwesens. Max Joseph begann bei sich selbst, indem er demonstrativ den Hofetat kürzte. Indes stiegen 1806 die Hofausgaben durch die Aufwertung Bayerns zum Königreich und die Hoforganisation differenzierte sich weiter aus. Zugleich kam es zu einer Professionalisierung: Hofämter wurden nach fachlicher Expertise vergeben. Gleichwohl blieben oberste Hofämter fest in adeliger Hand. Aller Reformversuche zum Trotz hinterließ Max Joseph das Land mit höheren Schulden als er es vorgefunden hatte. Regelmäßig verstieß der König gegen das selbstauferlegte Spargebot zugunsten von Familienangehörigen, Günstlingen, aber auch Bedürftigen. Bei der „Neuerfindung“ der bayerischen Monarchie, so Vissers' Ergebnis, fiel dem königlichen Hofstaat eine zentrale Rolle ein. Durch eine aktive Personalpolitik (die Verleihung der Kämmererwürde spielte als Akt der Integration eine zentrale Rolle) gelang es, alte und neue Eliten zusammenzubringen. Die Besetzung von Hofstellen blieb im Sinne sozialer Exklusivität gleichwohl frühneuzeitlichen Gepflogenheiten verhaftet.

ANJA BITTNER (Berlin) zeigte, dass auch in Preußen der Hofdienst bis zum Ende der Monarchie eine exklusive Domäne des Adels blieb. Wie in Bayern diente die Verleihung der Kammerherrenwürde der politisch-symbolischen Integration und verpflichtenden Bindung an das Herrscherhaus. Standen in der regionalen Verteilung der Verleihungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch Brandenburg und Schlesien mit weitem Abstand an der Spitze der Verleihung, so ist für den weiteren zeitlichen Verlauf ein relativer Bedeutungsverlust zugunsten der übrigen Provinzen zu beobachten, was auf eine gezielte Einbindung der neugewonnenen Landesteile schließen lässt, etwa auch des polnischen Adels. Da die obersten Hofbeamten das öffentlich sichtbare Personal des Hofes darstellten, während mittlere und niedere Beamte im Hintergrund blieben, waren sie das Aushängeschild des Hofes; für die Wahrnehmung ihrer Repräsentativfunktion war die soziale Exklusivität der Beamten integral.

Ganz anders stellte sich die Situation am neu geschaffenen italienischen Königshof dar. Wie THOMAS KROLL (Jena) zeigte, waren die Salons des römischen Adels wesentlich exklusiver. Hinzu kam, dass sich der italienische Hof seit seinem Umzug nach Rom in einer verhängnisvollen Konkurrenz zum Hof des Papstes befand, in der das schlicht-militärische Zeremoniell der Savoyer notwendigerweise unterliegen musste. Nichtsdestotrotz kam es zu einem Ausbau des Hofes, der ab den 1870er-Jahren eine moderne Prachtentfaltung erlebte, die er insbesondere Königin Margarethe zu verdanken hatte. Der Zutritt zum Hof war keineswegs ein exklusives Privileg des alten, erblichen Adels, sondern sozial offen. Mit rund 400 Bediensteten nahm sich der Hof überdies im europäischen Vergleich recht bescheiden aus. Zudem gelang es dem Parlament, mehr und mehr Kontrolle über den Hof und die Ernennung seiner Beamten zu gewinnen. Der Anspruch, zu Hoffesten eingeladen zu werden, entwickelte sich unter Beamten allmählich zu einer Selbstverständlichkeit, was schon einmal zur Einlegung einer formalen Beschwerde führte, wenn ein Kollege vorgezogen wurde.

Dass der Hof sowohl Hort der Tradition als auch Akteur der Modernisierung war, zeigte TINO SCHÖLZ (Berlin) am japanischen Beispiel. Bis in das 19. Jahrhundert im Schatten der Shogune zur Bedeutungslosigkeit verdammt, erlebte das Kaisertum mit der Meiji-Restauration 1867/68 einen ungeahnten Aufschwung, der mit einem radikalen sozioökonomischen Transformationsprozess der sich auflösenden traditionellen Standesgesellschaft zusammenfiel. Das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts war geprägt von umfassenden Modernisierungen, so die Trennung von Hof und Regierung, die Reform der Verwaltung und Reorganisation nach dem Leistungsprinzip und den Erlass einer Verfassung nach preußischem Vorbild. Als Oberhaupt der Dynastie, konstitutioneller Monarch und Oberkommandierender der Streitkräfte, aber auch als Oberpriester des Shinto, Hüter der traditionellen Künste, Herr über die Zeitrechnung, Repräsentant der Nation

und Katalysator der Modernisierung übte der Kaiser eine Fülle an Funktionen aus, wobei die Tradition als integrale Legitimationsressource der Modernisierung diene. Residenzausbau, Paraden in der Hauptstadt und eine rege Reisetätigkeit dienten Repräsentationszwecken, um die Existenz des Tenno im Bewusstsein der japanischen Bevölkerung zu verankern und durch die wechselseitige Sichtbarkeit die Integration beider Teile in die sich herausbildende japanische Nation zu gewährleisten.

Dem Umbau bestehender Schlösserlandschaften als monarchisches Projekt widmete sich CHRISTOPH MARTIN VOGTHERR (Potsdam). Am Beispiel Louis-Philippes I. von Frankreich und Friedrich Wilhelms IV. von Preußen erläuterte er die Verschränkung künstlerisch-ästhetischer mit politischer Programmatiken. Louis-Philippe inszenierte Schloss Versailles und den Tuilerien-Palast als authentische Geschichtsorte. Im Vordergrund der zu öffentlich zugänglichen Museen bzw. Gemäldegalerien umfunktionierten Gebäude stand die Konstruktion einer tausendjährigen französischen Geschichte, in der dem Volk ein zentraler Ort als historische Triebkraft zugewiesen wurde. Ziel des „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe war, der französischen Nation nach den turbulenten Jahren der Revolution, der Napoleon-Ära und der Restaurationsphase ein Versöhnungsangebot zu machen. Anders Friedrich Wilhelm: Zwar wurde auch der Park von Sanssouci (keineswegs vollständig) geöffnet, um den Besucher die Aura des Ahn- und Schlossbauherrn Friedrichs II. spüren zu lassen. Doch diene die Parkanlage und sein Schlossensemble primär als Rückzugs- und Erbauungsort gegen die Verflachungen des modernen Industriezeitalters. Nicht die Nation, sondern der große Vorfahr auf dem Thron wurde hier als einsamer Macher und genialer Schöpfer Preußens in Szene gesetzt. Nicht das Volk, allein der Herrscher konstituierte Preußen. In ihren unterschiedlichen Botschaften stand die Baupolitik somit zugleich spiegelbildlich für die Herrschaftsverständnisse beider Könige.

Begleitet wurde die Konferenz von methodischen Reflexionen des historischen Untersuchungsgegenstands. ALOYS WINTERLING (Berlin) historisierte Norbert Elias' Studie „Die höfische Gesellschaft“ (1933/1969)[\[4\]](#) und zeigte, wie er den französischen Sonderfall zum europäischen Normalfall deklarierte und damit den Blick auf alternative Formen höfischer Strukturen und höfischer Kommunikation verstellte. Gleichwohl stelle das Werk noch immer eine Herausforderung für die Geschichtswissenschaft dar und gelte zurecht weiterhin als Klassiker der Hofforschung. An anderer Stelle plädierten RONALD G. ASCH (Freiburg) und JEROEN DUINDAM (Leiden) in ihren Vorträgen einstimmig für eine „Sozialgeschichte des Politischen“, um die vorherrschenden kulturhistorischen Fragestellungen produktiv zu ergänzen.

Die Konferenz, deren Ergebnisse in einem Tagungsband publiziert werden sollen, ist Ausweis einer vitalen europäischen Monarchieforschung, die sowohl lokale, transnationale als auch globale Perspektiven einnimmt, um ihren Gegenstand zu beleuchten. Im Vordergrund standen Integrationsleistungen des monarchischen Ordnungsarrangements, doch wurde an verschiedenen Stellen auch der Sand offenbar, der das Getriebe der höfischen Inklusionsmaschinerie zum Stottern brachte. Den dadurch entstandenen Störgeräuschen werden zukünftige Forschungen weitere Aufmerksamkeit schenken können, um der Gefahr einer allzu harmonisierenden Darstellung des höfischen Inklusionskosmos zu begegnen. Allgegenwärtig waren auf der Tagung komparatistische Überlegungen, nicht nur durch die thematische Gruppierung von Einzelfallstudien in den einzelnen Sektionen, sondern auch weil einzelne Referate den Vergleich von drei oder mehr Ländern nicht scheuten. Der Vergleich erwies sich mithin als „die schärfste Waffe des Historikers“ (Paolo Grossi), um den europäischen Normalfall von länderspezifischen Charakteristika zu scheiden. Daran wird anzuknüpfen sein.

Konferenzübersicht:

Monika Wienfort (Berlin): Begrüßung

Wolfgang Neugebauer (Berlin): Monarchie in der Moderne. Preußen als Beispiel?

Sektion 1: Motive und Konjunkturen der Hofgeschichtsschreibung

Moderation: Monika Wienfort (Berlin)

Aloys Winterling (Berlin): Hof und Monarchie nach Elias

Jeroen Duindam (Leiden): Revolution, Umgestaltung, Kontinuität? Frühneuzeitliche Fragen zum postrevolutionären Königshof

Ronald G. Asch (Freiburg): Der Hof als Macht- und Kommunikationszentrum des Ancien Régime im Lichte der neueren Forschung

Abendvortrag

Moderation: Ulrike Höroldt (Berlin)

Christoph Martin Vogtherr (Potsdam): Historische Konstruktion und Denkmalpflege in Zeiten der Revolutionen. Louis-Philippe in Versailles und Friedrich Wilhelm IV. in Potsdam – ein Vergleich

Sektion 2: Quantitäten – Qualitäten – Akteure

Moderation: Frank-Lothar Kroll (Chemnitz)

Annelie Große (Berlin): Umfang und Verteilung der preußischen Hofausgaben im 19. Jahrhundert. Königshof und Prinzenhöfe im Vergleich

Maximilian Vissers (Amberg): „Wir bleiben die Alten“. Die Ordnung des bayerischen Hofes unter Max IV./I. Joseph (1799/1806–1825). Institution, Personal, Außendarstellung

Fabian Persson (Växjö/Kalmar): The King's new clothes? The Swedish Court and its Finances in the 19th Century

Ulrike Marlow (Berlin/München): „Eure Kaiserliche, Königliche, Apostolische Majestät“. Bittschriften an Kaiserin Elisabeth von Österreich (1854–1898)

Sektion 3: Hofformate und Verfahren

Moderation: Wolfgang Neugebauer (Berlin)

Frank Lorenz Müller (St. Andrews): „Der Königssohn gewinnt ihr Vertrauen und ihre Zuneigung“. Thronfolger und der Erwerb der „sanften Macht“ im 19. Jahrhundert

Quentin Deluermoz (Paris): The Imperial Court of Napoleon III and recent historiography

Martin Kohlrausch (Leuven): Der Hof Wilhelms II. als öffentliche Politik. Das Beispiel Preußen im deutschen und europäischen Kontext

Sektion 4: Offenheit und Exklusivität

Moderation: Bärbel Holtz (Berlin)

Anja Bittner (Berlin): Adel am preußischen Hof – eine Erfolgsgeschichte?

Anna Dietrich (Berlin): Kontinuität und Wandel des Preußischen Krönungs- und Ordensfestes

Thomas Kroll (Jena): Adel, Hof und Monarchie in Italien (1861–1914)

Tino Schölz (Berlin): Hort der Traditionen und Instrument der Modernisierung. Monarchie und Hof im Japan der Meiji-Zeit (1868–1912)

Anmerkungen:

[1] Martin Kirsch, Die Funktionalisierung des Monarchen im 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2007, <http://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1419> (09.10.2021).

[2] Dieter Langewiesche, Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert, Heidelberg 2013, S. 6.

[3] Volker Sellin, Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen, München 2011, S. 9.

[4] Norbert Elias, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, Neuwied 1969.

Zitation

Tagungsbericht: Der preußische Hof in Europa. Modelle, Akteure, Wahrnehmungen (1786–1918) – eine internationale Tagung in vergleichender Perspektive, 30.09.2021 – 02.10.2021 Berlin, in: H-Soz-Kult, 27.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9103.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Tagber: Berichte zum Historikertag 2021 [2]

Von

Redaktion H-Soz-Kult

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche fand in München der 53. Deutsche Historikertag statt, nach einer Verschiebung wegen der Covid-19-Pandemie in hybrider Form: Unter dem Motto "Deutungskämpfe" wurden in zahlreichen Sektionen wissenschaftliche Diskussionen über die digitale Konferenzplattform geführt, Podiumsdiskussionen und Sonderveranstaltungen vor Ort wurden im Netz per Stream ausgestrahlt.

H-Soz-Kult und Clio-online begleiten als Medienpartner den Historikertag nun schon zum zehnten Mal: mit der Veröffentlichung von Ankündigungen und einer umfangreichen Berichterstattung. Die Redaktion von H-Soz-Kult konnte mit Unterstützung des Organisationskomitees, des VHDs und der zahlreichen Sektionsleitungen wieder eine

Vielzahl an Sektions- und Querschnittsberichten einwerben. Diese Texte werden wir ab heute an den Wochenenden veröffentlichen. Alle Texte werden außerdem als Open-Access-Band in der Reihe Historisches Forum von Clio-online archiviert.

Wir danken bereits jetzt allen Autorinnen und Autoren, Beteiligten und Unterstützer:innen und natürlich den Veranstalter:innen und Organisator:innen des Historikertags für die hervorragende Unterstützung und Mitarbeit.

Sektionsberichte:

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit.
Podiumsdiskussion.

Von Thomas Ertl, Freie Universität Berlin|

<<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9089>>

Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften

Von Christian Reitzenstein-Ronning, Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

<<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9093>>

Ihre H-Soz-Kult Redaktion

Zitation

Tagber: Berichte zum Historikertag 2021 [2], in: H-Soz-Kult, 16.10.2021, <www.hsozkult.de/text/id/texte-5297>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

HT 2021: Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit. Podiumsdiskussion

[Tagungsberichte](#)

digital (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Thomas Ertl, Freie Universität Berlin

Gemeinsam mit Thomas Heebøll-Holm und Gregor Rohmann veröffentlichte Philipp Höhn 2019 einen Sammelband zum Thema „Merchants, Pirates, and Smugglers. Criminalization, Economics, and the Transformation of the Maritime World (1200–1600)“. Die Auseinandersetzung mit Kaufleuten, Piraten und Schmugglern und ihrer Wahrnehmung durch die Zeitgenossen dient den Autoren und Autorinnen dazu, über politische und ökonomische Transformationsprozesse im späten Mittelalter nachzudenken. Die politische Transformation wird als Staatsbildung verstanden, in deren Zuge immer stärker zwischen legaler und illegaler Gewaltausübung unterschieden wurde, um das staatliche

Gewaltmonopol durchzusetzen. Damit hängen die Bemühungen zusammen, die Angehörigen der eigenen politischen Gemeinschaft wirtschaftlich zu fördern und die wirtschaftlichen Aktivitäten von ausländischen Konkurrenten als illegal zu brandmarken. Anhand von Beispielen aus Ost- und Nordsee sowie Atlantik und Mittelmeer wird in den Beiträgen deutlich, wie interessengeleitet die Unterscheidung zwischen als legal und illegal markierten Aktionen und wie fließend die Grenzen zwischen beiden Bereichen waren. Einzelne Personen und Gruppen wurden von der einen Seite als Piraten diffamiert, von der anderen Seite als ehrenhafte Kriegsunternehmer gefeiert, wobei sich die Einschätzung nach Veränderung der politischen Lage ins Gegenteil verkehren konnte. Selbst im Wettstreit zwischen Stadtstaaten und Königreichen wurde mit ähnlichen diskursiven Strategien gearbeitet. „Der Band demonstriert überzeugend, dass sich die politische und wirtschaftliche Transformation besser verstehen lassen, wenn man die Geschichte des Umgangs mit Gewalt auf See in den Blick nimmt, und wie umgekehrt dieser Blick zu einem besseren Verständnis von Staatsbildung und ökonomischer Hegemonie beiträgt. Die Beurteilung von Gewalt auf See als legal oder illegal bietet ein hervorragendes Beispiel für die diskursive Ebene von Staatsbildungsprozessen.“ So urteilte Ulla Kypta in ihrer Rezension [\[1\]](#), in der sie zudem dazu auffordert, diese „großen Narrative“ weiter zu untersuchen.

Diese Aufforderung hat das Herausgeberteam aufgegriffen, um das Thema in einer Podiumsdiskussion zu vertiefen und zu erweitern. Als Moderatorin ging die mit der Thematik bestens vertraute Rezensentin ULLA KYPTA (Hamburg) mit an Bord. Erweitert wurde der zeitliche Rahmen, der sich nun bis ins 18. Jahrhundert erstreckt; eine Vertiefung erfuhr das Thema durch die Konzentration auf den von politischen bzw. staatlichen Institutionen geregelten Zugang zum Markt. Das Design der Podiumsdiskussion eignete sich meiner Meinung nach sehr gut für das digitale Format. PHILIPP HÖHN (Halle an der Saale) führte ins Thema ein und eine Vierer-Mannschaft präsentierte ihre Kurzreferate, die jeweils eigene thematische Schwerpunkte setzten. Anschließend wurde die Diskussion für die zahlreichen Zuhörer geöffnet. Die auch in anderen Sektionen feststellbare Schwierigkeit, eine intensive und kurzweilige Debatte herzustellen, bildete in diesem Fall kein Problem, denn die Teilnehmer auf dem digitalen Podium blieben rege in ihre Diskussion vertieft.

Phillip Höhn beschrieb, wie Isländer, Hamburger und Engländer sich im 15. und 16. Jahrhundert wechselseitig umbrachten, um den Zugang zum Island-Handel zu sichern. In diesen Konflikten deuteten die Akteure die eigenen gewaltsamen Konfliktpraktiken als legitime Maßnahmen, um gegen ihre Gegner vorzugehen, die das *bonum commune* schädigten und das Recht verletzten. Rechtsbrecher waren in diesen Deutungen maritimer Gewalt durch die Zeitgenossen immer die anderen. Dieser diskursiven Dichotomie zwischen gewalttätigen Piraten und ehrsamem Kaufleuten folgte nach Höhn auch die ältere Forschung. In Wirklichkeit habe es jedoch eine klare Trennung zwischen beiden Welten nie gegeben, denn maritime Gewalt und ihre Kriminalisierung seien als Phänomene der gewaltsamen Aushandlung des Zugangs oder Ausschlusses von Märkten zu verstehen. In der Podiumsdiskussion solle entsprechend das Verhältnis von maritimer Gewalt, Märkten und Staatlichkeit aus interdisziplinärer und interepochaler Perspektive behandelt werden. Gesucht würden allerdings – so Höhn – keine endgültigen Antworten, sondern Anstöße zum weiteren Nachdenken über die maritime Gewalt als einen Faktor der Verflechtung von Markt und Staat.

GALDI ALGAZI (Tel Aviv) führte im ersten Impulsreferat die Gedanken von Höhn weiter, indem er die Dichotomie von Gewalt und friedlichem Markt grundsätzlich infrage stellte. Der Markt sei kein Ort friedlicher Tauschbeziehungen und lasse sich praktisch kaum vom Nicht-Markt trennen. Um das Phänomen besser fassen zu können, schlug Algazi die Verwendung des Rentenbegriffs vor. Mit seiner Hilfe könnte man deutlich machen, wie durch die Ausnutzung von Machtpositionen politische und ökonomische Profite erzielt worden seien.

Private und öffentliche Akteure hätten ein Interesse daran gehabt, den Zugang zu Ressourcen, Wissen und Transportwegen zu manipulieren und so die Transaktionskosten zum eigenen Vorteil zu verändern. Ziel der hegemonialen Marktteilnehmer sei es nicht gewesen, die übrigen Akteure auszuschließen, sondern durch die Manipulierung der Transaktionskosten eine „Rente“ zu erzielen. Es sei daher eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft, das Idealbild des „friedlichen Marktes“ als solches zu erkennen, zu hinterfragen und zu überwinden.

EVA BRUGGER (Zürich) begann ihren Beitrag mit dem Blick auf ein Objekt. Einheimische Fellhändler trugen im 18. und 19. Jahrhundert in Nordamerika häufig Biberamulette. Die Biberfiguren wurden von europäischen Goldschmieden nach den Vorstellungen indigener Konsumenten und Konsumentinnen gefertigt und mit den Buchstaben HB, für die britische Hudson's Bay-Kompanie, versehen. Damit markierten die Amulette einen legitimen Marktzugang zum nordamerikanischen Fellhandel. Wer dagegen kein Amulett besaß, musste auf illegitime Praktiken wie Schmuggel oder auf Schattenmärkte ausweichen. Neben solchen Artefakten wurden in den nordamerikanischen Kolonien noch andere Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu einem Markt zu regulieren, der immer stärker von Ressourcenknappheit und längeren Lieferdistanzen gekennzeichnet war. Allerdings waren die kolonialen Kontexte so unterschiedlich, dass Markt-, Jagd- und Regierungspraktiken jeweils lokal ausgehandelt wurden – teilweise auch in Konkurrenz der europäischen Kolonien untereinander. Besonders interessant für das Thema der Podiumsdiskussion ist die Beobachtung von Eva Brugger, dass eine Unterscheidung von Staatbildung und Marktwertung in den nordamerikanischen Kolonien kaum möglich sei, da die maßgeblichen Akteure in Staats- wie Marktwertungsprozessen gleichermaßen aktiv waren.

Zum Mittelmeer führten die Ausführungen von SEBASTIAN KOLDITZ (Heidelberg), der von der Grundannahme ausging, dass das Mittelmeer selbst im frühen Mittelalter von einem intensiven regionalen und überregionalen Warenaustausch geprägt gewesen sei, der zunehmend von den italienischen Seehandelsstädten dominiert wurde. Als Märkte in diesem Wirtschaftsraum betrachtet Kolditz die konkreten lokale Zentren des ökonomischen Austauschs. Über den Zugang entschieden die jeweiligen „Herren der Märkte“, etwa die byzantinischen Kaiser oder die Almohaden- und Hafsiden-Kalifen in Tunis. Das Mittel der Wahl bildete die Vergabe von Privilegien an Händlergruppen, die häufig mit Aufenthaltsrechten und Zollvergünstigungen verbunden waren. Der Zugang zu Märkten wurde daher vertraglich geregelt, wobei die Konkurrenz der christlichen Handelsnationen nicht selten gewalttätig ausgetragen wurde. Die damit verbundene maritime Gewalt schloss auch Piraterie ein, vollzog sich bis ins 12. Jahrhundert hinein, jedoch hauptsächlich entlang religiöser Trennlinien.

ALEXANDER ENGEL (Göttingen / Basel), dessen Forschungsschwerpunkte in der Geschichte der Moderne liegen, brachte eine Langzeitperspektive in die Diskussion ein, mit der er die wirtschaftsliberale Meistererzählung von der Zurückdrängung von vormoderner Gewalt und Willkür durch Staatlichkeit und friedlichen Markttausch relativierte. Sein Beispiel waren die Bukaniere in der Karibik. Er präsentierte diese maritimen Gewaltunternehmer als flexible Akteure, die ihre Beschäftigung häufig wechselten; mal waren sie als Kaufleute tätig, dann als Piraten, als Holzfäller, in staatlichen Diensten, als Forschungsreisende, etc. Insbesondere der Handel mit karibischen Farbhölzer bildete ein wichtiges Geschäft für diese Piraten-Holzfäller-Unternehmer. Als die Piraterie in der Karibik ab den 1720er-Jahren zurückgedrängt wurde, führte dies aber nicht zu einer friedlichen Marktwirtschaft. Die Holzfäller traten vielmehr in eine Phase der Professionalisierung ein, in der sie zunehmend Sklaven einsetzten und immer größere Reichtümer anhäuften: nun nicht mehr durch maritime Gewalt, sondern durch strukturelle Gewalt eines gewaltsamen kolonialkapitalistischen Settings.

Die Kurzreferate wurden durch eine interne Fragerunde abgerundet. Dabei wurde eine Vielzahl von Themen angesprochen. Mehrfach wurde auf das Potential des synchronen und diachronen Vergleichs hingewiesen, auch über Europa hinaus: Wie verhielt es sich mit dem angeblich friedlichen Handel im Indischen Ozean vor der Ankunft der Europäer; wo liegen eigentlich die Unterschiede zu Gewaltpraktiken und Marktzugangsmechanismen an Land? Vergleichend diskutiert wurde unter anderem der Gebrauch von Artefakten und die damit verbundenen Wertvorstellungen sowie andere Möglichkeiten der Authentifizierung von Netzwerkmitgliedern über große Distanzen hinweg. Wenig verwunderlich kam in der Diskussion erneut der Markt und seine Definition zur Sprache. Überlegt wurde insbesondere, ob ein präzises Modell oder ein offenes Konzept einen größeren Mehrwert für die Fragestellung bieten könnten. Ganz grundsätzlich ging es schließlich um die Frage, wer denn eigentlich wen ausschloss? Wie lassen sich die Akteure zwischen Politik und Markt charakterisieren und welchen Beitrag kann eine neue Wirtschaftsgeschichte, die ökonomische Prozesse in ihre kulturellen und sozialen Bedingungen einbettet, zu dieser Diskussion leisten?

Mit weitem Blick präsentierte GREGOR ROHMANN (Frankfurt am Main), Mitinitiator der Diskussionsrunde, die wichtigsten Thesen und Ergebnisse der einzelnen Beiträge und hob nochmals die Kernfrage hervor: Wie wirkten Markt-, Gewalt- und Legitimationspraktiken zusammen und welche Transformationen resultierten aus dem jeweils regional spezifischen Zusammenspiel der einzelnen Faktoren? Als Referenzpunkt für die Fortsetzung der Diskussion verwies er auf die Studie „Violence and Social Order“ (2009) von Douglass North, John Wallis und Barry Weingast, in der die Vertreter der Neuen Institutionenökonomik einen pragmatischen und inklusiven Staatsbegriff mit Gedanken zu vormodernen Formen der Zugangsbeschränkung zum Markt verknüpften. Mit diesem spezifischen Vorschlag und den zahlreichen Anregungen in einem wichtigen Forschungsfeld, das Politik und Ökonomie, Staat und Markt, diskursive Praktiken und nackte Gewalt miteinander verbindet, wurden die Zuhörer der Podiumsdiskussion entlassen; größtenteils inspiriert und zufrieden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale)

Moderation: Ulla Kypta (Hamburg)

Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung

Gadi Algazi (Tel Aviv), Eva Brugger (Zürich), Sebastian Kolditz (Heidelberg), Alexander Engel (Göttingen / Basel): Beiträge und Diskussion

Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung

Anmerkung:

[1] Ulla Kypta: Rezension zu: Heebøll-Holm, Thomas; Höhn, Philipp; Rohmann, Gregor (Hrsg.): Merchants, Pirates, and Smugglers. Criminalization, Economics, and the Transformation of the Maritime World (1200–1600). Frankfurt am Main 2019, In: H-Soz-Kult, 29.05.2019, <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28150>>.

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit. Podiumsdiskussion, 05.10.2021 – 08.10.2021 digital (München), in: H-Soz-Kult, 15.10.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9089>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

*

HT 2021: Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften

[/Tagungsberichte](#)

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Christian Reitzenstein-Ronning, Historisches Seminar Ludwig-Maximilians-Universität München

Mit der Begriffstrias Frieden – Macht – Konflikt haben die Panel-Organisatorinnen Babett Edelmann-Singer und Claudia Horst nicht nur eine breite Brücke zum Rahmenthema des diesjährigen Historikertages geschlagen, sondern auch eine zentrale Perspektive für die drei Vorträge der Sektion benannt. Denn geradezu leitmotivisch zog sich der Gedanke der politischen Instrumentalisierung des Friedensbegriffes durch alle Beiträge: Frieden, so der Tenor der Vortragenden, sei ohne Konflikt um Macht und Herrschaft eben nicht zu haben.

CLAUDIA HORST (München) erläuterte zur Einführung in die Sektion die theoretischen Grundüberlegungen der Referentinnen. Frieden müsse als ein komplexes und vor allem dynamisches Phänomen gefasst werden. Bisher habe die Forschung zwischen einem negativen und einem positiven Friedensbegriff unterschieden: Ersterer begreife Frieden als bestenfalls temporäre, jedenfalls immer prekäre Abwesenheit von Krieg; letzterer hebe auf Mechanismen des Machtausgleichs zur Herstellung und Sicherung eines Zustands der Abwesenheit von Konflikten ab. Als normatives Konzept besitze „Frieden“ aber eine weitere Dimension, denn immer wieder beriefen sich Machthaber zur Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs auf den „Frieden“, wobei sie für diesen zugleich Definitionshoheit beanspruchten. Friedensvisionen seien insofern immer auch Spiegel gesellschaftlicher Ordnungskonzepte – und als solche wiederum Teil prekärer Aushandlungsprozesse, ja selbst Gegenstand von Konflikten. Damit etablierte Horst ausgehend von agonalen Politiktheorien eine der Prämissen der Sektion: Als Diskursphänomen stehe Frieden in einer dialektischen Verschränkung zur jeweiligen Herrschaftsordnung. Konflikte stellte sie vor diesem Hintergrund nicht als bloße Fehlentwicklungen, sondern als notwendige Voraussetzung für eine Dynamisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar.

In ihrem eigenen Beitrag „Wer definiert den Frieden? Konkurrierende Ordnungsvorstellungen in Mesopotamien und Griechenland“ spürte Claudia Horst diesem konfliktären Konzept von Frieden zunächst im Zweistromland nach. Obwohl in seiner Selbstdarstellung der König, illustriert am Beispiel des neuassyrischen Herrschers Sargon II., für sich die Deutungsmacht über Krieg und Frieden einforderte, sei dieser Anspruch nicht ohne Widerspruch geblieben. Horst verwies dazu sowohl auf das Gilgamesch- als auch auf das Enuma elisch-Epos. In beiden Werken sei ein eigenständiger Friedensdiskurs greifbar.

Gerade die Enuma elisch-Erzählung aber stelle mit dem Gott Marduk – und seiner schließlich unterlegenen Gegenfigur Tiamat – ein nicht-despotisches Herrschaftsverständnis in den Vordergrund. Denn die Macht Marduks als Garant der Ordnung beruhe auf der Übertragung durch die Götterversammlung. Dass die Götter im antiken Mesopotamien zudem nicht als unbeeinflusst von menschlichem Handeln angesehen wurden, zeigten die Sintflut-Erzählungen: Da die Opfer der Menschen infolge der Katastrophe geringer ausfallen, müssen sich auch die Götter bescheiden und schrumpfen zu Fliegen. Für die weite Verbreitung dieser Vorstellung sprächen die altorientalischen Fliegen-Amulette. Diese ließen sich aufgrund ihres Verweischarakters auf nicht-kriegerische Strukturen als Friedenssymbole lesen. Darüber hinaus weise das Quellenmaterial artikulierte Responsivitätserwartungen an den Herrscher auf. Dies manifestiere sich zum einen im ambivalenten königlichen Epitheton des „Guten Hirten“ und entsprechenden Leistungsanforderungen seitens der Untertanen (im Gilgamesch-Epos die Klagen der Bürger von Uruk), zum anderen performativ im Ritual des Neujahrsfestes, das die Rechenschaftspflicht des Königs betone. Vom Zweistromland führte Horst schließlich in das archaische und klassische Griechenland. Ansätze zu hegemonialen Friedensordnungen hätten sich hier immer wieder als instabil und sogar kriegsinduzierend erwiesen. Dies werde in der Forschung unter anderem auf fehlende Institutionalisierung zurückgeführt. Doch fänden sich ab der Archaik auch immer wieder Versuche, durch Mechanismen des Interessenausgleichs Momente des Friedens hervorzubringen. Exemplarisch benannte die Vortragende für diese Bestrebungen die Doppelfigur der Eris in den *Erga* Hesiods (V. 11–24): Während die „gute“ Eris für die produktive Kraft des Wettstreits stehe, verkörpere die „schlechte“ Eris die zerstörerische Kraft eines gewaltsamen Konfliktes.

HANNAH CORNWELL (Birmingham) widmete sich den Deutungskämpfen der späten Römischen Republik („Discourses of Peace and Dynamics of Power in the Late Roman Republic“). Neben den Briefen und Reden Ciceros griff sie dabei auf numismatische Zeugnisse zurück. Anhand des Befundes lasse sich vor allem in den 40er-Jahren des 1. Jh. v. Chr. eine Verlagerung vom Begriff der *concordia* zum *pax*-Konzept nachzeichnen. Denn abzulesen an den unterschiedlichen Stiftungen von Heiligtümern der Concordia, stellte zunächst die Eintracht der Bürger das Schlüsselkonzept für die Stabilisierung der inneren Verhältnisse dar. *Pax* hingegen sei in erster Linie als sorgsam gepflegtes Einvernehmen mit den Göttern (*pax deorum*) bedeutsam gewesen. Doch die Auseinandersetzung zwischen Caesar und Pompeius habe schließlich den beschriebenen Diskurs-„shift“ bewirkt. Mit den Ergebnissen einer korpuslinguistischen Untersuchung der Schriften Ciceros vermochte Cornwell diese Entwicklung eindrucksvoll zu unterlegen. In der Folge diskutierte die Referentin die Bedeutung der *hostis*-Erklärung für die Gestalt politischer Konflikte. So habe dieses Instrument nicht zuletzt eine diskursive „Veränderung“ der inneren Gegner („othering the opponent“) ermöglicht. Cicero nutzte die daraus abgeleitete Figur des „Feindes im Inneren“ (Cat. 2,11: *intus est hostis*) demnach auch in Fällen, in denen eine formelle *hostis*-Erklärung durch den Senat eben noch nicht erfolgt war: bereits bei seinem Vorgehen gegen die Catilinarier, besonders intensiv in seinem publizistischen Feldzug gegen M. Antonius. Indem der politische Widersacher als „Feind“ gleichsam externalisiert wurde, versuchte man die Bestimmungen der *lex Sempronia de capite civis* zu unterlaufen. Denn laut Cicero könnten solche problematischen Gestalten nicht länger als Bürger betrachtet werden: *civem esse nullo modo posse* (Cic. Cat. 4,10). Gesteigert finde sich dieses Motiv noch in der Vierten Philippica, in der Cicero die Möglichkeit eines Friedens mit Antonius kategorisch ausschließt: Denn traditionell verfüge ein *hostis* doch über Staatlichkeit und damit Rechtsfähigkeit, Antonius stehe aber ganz für sich und isoliert (Cic. Phil. 4,14). Signum dieser Periode römischer Geschichte sei, so Cornwell, aber auch eine hohe Fluidität der Denominationen gewesen. Dies zeige sich unter anderem in der raschen Abfolge von *hostis*-Erklärung und Restitution. Ein Korrelat zur Konjunktur des *pax*-Begriffes in der

Innenpolitik machte die Referentin sodann in der Neu-Semantisierung von *bellum* aus, das zunehmend an die Stelle von *discordia* und *tumultus* getreten sei. Ausblickend geleitete Cornwell die Zuhörerinnen und Zuhörer in die augusteische Zeit. Die von ihr zuvor beschriebene „political language of crisis“ habe letztlich den Boden für die Herrschaft des Augustus bereitet: Der erste Princeps „verabsolutierte“ in den unterschiedlichen Medien herrscherlicher Selbstdarstellung mit der Formel *pax parva terra marique* regelrecht das *pax*-Konzept und legitimierte so seine führende Position im Staat.

Im letzten Vortrag des Panels weitete BABETT EDELMANN-SINGER (München) den Blick auf die Frühe Kaiserzeit. Auch in ihrem Paper standen Deutungskämpfe im Vordergrund. Ausgehend von der Formel „Friedenskonzepte sind Machtkonzepte“ legte sie zwei Fallbeispiele vor: zum einen den Brief des Claudius an die Alexandriner (P. Lond. 1912), zum anderen eine Passage aus dem ersten Brief des Paulus an die Thessaloniker (1 Thess 5,3). Beide Quellen deutete sie als Aneignungen bzw. Umdeutungen des imperialen *pax*-Konzeptes durch Provinziale. Obwohl also, wie bereits Hannah Cornwell unterstrichen hatte, Augustus einen unilateralen Friedensbegriff propagierte (*pax Augusta* bzw. *pax Augusti*), habe auch im 1. Jh. n. Chr. noch Spielraum für kreative Umdeutungen und Neukontextualisierungen bestanden. In theoretischer Hinsicht griff Edelman-Singer dafür auf das Konzept der „widerständigen Aneignung“ des französischen Jesuiten Michel de Certeau zurück. Als Kronzeugen für ein bereits in der Antike belegbares Hinterfragen der *pax* als normatives Ziel römischer Herrschaft benannte sie Tacitus (insb. Agr. 30: *auferre trucidare rapere falsis nominibus imperium, atque ubi solitudinem faciunt, pacem appellant*). Jedoch sei mit dem senatorischen Historiographen nur ein innerrömischer Diskurs zu greifen. Anhand anderer Quellengattungen aber ließe sich über die Dekonstruktion des römischen Friedenskonzeptes (und -versprechens) hinaus auch dessen Instrumentalisierung für die Zwecke der vermeintlichen Unterworfenen beobachten. Eben diese Wendung machte Edelman-Singer an den beiden Fallstudien deutlich: So hätten die Vertreter der griechischen Bürger Alexandrias den Frieden als Wertbegriff und seine Bindung an die Person des Princeps in den 40er-Jahren geschickt auszuspielen versucht. Nach einer langen Phase der inneren Konflikte (und einem regelrechten Pogrom an den alexandrinischen Juden) stifteten sie unter anderem ein vollgoldenes Standbild der *pax Augusta Claudiana*. Auf diese Weise versuchten sie – so die These –, nicht nur rechtliche und ökonomische Privilegien zu erwirken, sondern auch die jüdischen Einwohner der Hafenstadt als eigentliche Verursacher der Unruhen zu stigmatisieren. Doch Claudius habe dies zu vereiteln gewusst, indem er die Statue nach Rom überführen und so gewissermaßen neutralisieren ließ. Der Paulus-Brief hingegen greife die multiplen Identitäten in einer mehrheitlich „heidenchristlichen“ Gemeinde wie derjenigen in Thessalonike auf. Indem er die einmal „wie ein Dieb in der Nacht“ hereinbrechende Wiederkehr Christi dem – trügerischen – Wunsch nach „Frieden und Sicherheit“ gegenüberstelle und dabei vielleicht auch auf einen lokalen *Pax*-Kult referiere, kodiere der Briefautor die imperiale Sprache gewissermaßen um. Das Stabilitätsversprechen der römischen Ordnung weiche somit dem wahren Frieden Jesu. Damit stelle sich Paulus nicht gegen Rom, unterminiere aber dessen absoluten Machtanspruch. An den beiden Beispielen werde einmal mehr deutlich, so Edelman-Singer, dass nicht nur Macht relational sei, sondern auch der Frieden.

Der ursprünglich vorgesehene Vortrag von OMER SERGI (Tel Aviv), "Are You in Peace?" – Some Thoughts on the Concept of Peace in Ancient Israel in Light of Its Kin-based Social Structure, mußte aus organisatorischen Gründen leider entfallen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Babett Edelmann-Singer (München) / Claudia Horst (München)

Claudia Horst (München): Wer definiert den Frieden? Konkurrierende Ordnungsvorstellungen in Mesopotamien und Griechenland

Hannah Cornwell (Birmingham): Discourses of Peace and Dynamics of Power in the Late Roman Republic

Babett Edelmann-Singer (München): Wem gehört der Frieden? Pax als ambivalente Deutungskategorie im frühen Prinzipat

Omer Sergi (Tel Aviv): "Are You in Peace?" - Some Thoughts on the Concept of Peace in Ancient Israel in Light of Its Kin-based Social Structure (aus organisatorischen Gründen entfallen)

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Frieden – Macht – Konflikt. Friedensdiskurse in antiken Gesellschaften, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 15.10.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9093.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.